

Berlin, 11.02.2020

Cannabis: Neue Wege gehen!

Cannabis-Verbotspolitik verändern, regulierte Abgabe durch Modellprojekte ermöglichen!

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Nach der Zulassung von Cannabis als Medizin bestimmt weiterhin in der Drogenpolitik insgesamt die Frage des Umgangs mit Cannabis die politischen Debatten. Angestoßen von Staatsrechtsprofessoren, die die negativen Wirkungen des deutschen Betäubungsmittelrechts klar benennen, begann 2014 eine erneute Diskussion über den Umgang mit Cannabiskonsum, die bis heute anhält. Im Rahmen des Arbeitskreises Drogenpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 2015 eine verantwortungsbewusste und zeitgemäße Cannabis-Politik erörtert. Gemeinsam mit Politiker*innen unterschiedlicher Politikfelder sowie Expert*innen aus Wissenschaft und Behörden haben sie diese im Positionspapier „Neuen Wege einer sozialdemokratischen Drogenpolitik“ beschrieben.

Hierbei ging es um die Entkriminalisierung der Konsument*innen mittels der Option einer regulierten Cannabis-Abgabe an Erwachsene in Deutschland.

Insbesondere die derzeitige Kriminalisierung der Konsument*innen macht die Schwäche der bisherigen Cannabispolitik aus. Denn: Weder Verbot noch Strafverfolgung führten bis dato zum Rückgang des Cannabiskonsums! Im Gegenteil: Der Cannabiskonsum steigt vielmehr ununterbrochen. Zudem führen die repressiven Maßnahmen aktuell dazu, dass Menschen gesellschaftlich stigmatisiert und durch soziale Ausgrenzung vielfach nicht erreicht werden können. Präventive Ansätze prallen dagegen oftmals gegen eine Mauer des Abstreitens und Leugnens. Die Verbotspolitik bindet darüber hinaus enorme finanzielle und personelle Ressourcen, die an anderer Stelle bei Justiz und Polizei fehlen.

Die Verfasser des FES-Papiers sind daher der Ansicht, dass der Versuch einer regulierten Abgabe an Erwachsene, das Zurückdrängen des Schwarzmarktes bewirkt, die Verbesserung des Jugend- und Verbraucherschutzes hervorbrächte sowie die Möglichkeiten der Präventionsarbeit auf ganz neue Füße stellt.

Die Einschätzungen dieses Arbeitskreises werden auch immer mehr in der öffentlichen Debatte, aber auch auf verschiedenen politischen Ebenen geteilt, wie Positionspapiere der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) oder der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zum Thema zeigen. Die bayerische SPD hat bereits 2015 die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, den Besitz von Cannabis zu entkriminalisieren und die SPD in Nordrhein-Westfalen hat in ihrem Programm zur Landtagswahl 2017 eine generelle „Entkriminalisierung von Suchtabhängigen“ beschlossen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht der wirksame Gesundheitsschutz für Konsument*innen, die Stärkung von Beratung und Prävention, bestmöglicher Kinder- und Jugendschutz, Kriminalitätsbekämpfung und Rechtssicherheit im Vordergrund einer neuauszurichtenden Drogenpolitik.

Sie greift daher den Wiesbadener Parteitagbeschluss von 1993, den eigenen Gesetzentwurf von Dezember 1996 und den Beschluss aus NRW sowie aus den Landesverbänden Bayern, Berlin und Bremen auf.

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt dafür ein, im ersten Schritt Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu ermöglichen.

Wir sehen in der regulierten Cannabis-Abgabe an Erwachsene in Deutschland eine gute Chance für eine erfolgreiche Cannabis-Politik, die idealerweise durch eine zeitgleiche Stärkung von Prävention und Frühintervention sowie Beratung und Behandlung unterstützt wird. Modellprojekte, die unterschiedliche Wege der regulierten Abgabe von Cannabis auch jenseits der medizinischen Nutzung ermöglichen, können helfen hier den richtigen Weg zu finden.

Eine Vielzahl von Landesregierungen und Städten haben bereits Anträge gestellt, um in Modellprojekten die regulierte Abgabe erproben zu können, sind aber bisher immer am Einspruch des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gescheitert.

Wir sind der Überzeugung, dass es den Kommunen freigestellt werden muss, ob sie entsprechende Modellprojekte ermöglichen wollen oder nicht. Wir wollen deshalb den Ländern die Möglichkeit einräumen, den Kommunen die Erlaubniszuständigkeit zu übertragen, so dass Modellprojekten zur kontrollierten Cannabis-Abgabe auf kommunaler Ebene nichts mehr im Wege steht.

Um kurzfristig bereits Verbesserungen zu erreichen, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, den Besitz von kleinen Mengen von Cannabis nicht weiter strafrechtlich zu verfolgen, sondern zukünftig ordnungsrechtlich zu ahnden.

Die Kriminalisierung der Konsument*innen ist eine zentrale Schwäche der bisherigen Cannabispolitik. Sie führt zu einer gesellschaftlichen Stigmatisierung von Konsument*innen und erschwert oder verhindert so präventiv beratende und therapeutische Bearbeitung problematischer Konsummuster. Die dafür einzusetzenden hohen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen zudem in der Verfolgung und Ahndung wirklicher Kriminalität. Weder Verbot noch Strafverfolgung konnte Cannabiskonsum verhindern, er steigt sogar seit Jahren an.

Es ist Zeit zu handeln!